

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

2434 /A.B. BR/ 2008
zu 2639 /J. BR/ 2008
Präs. am 06. Aug. 2008

bm:uk

Herrn
Präsidenten des Bundesrates
Jürgen Weiss
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.001/0004-III/4a/2008

Wien, 5. August 2008

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2639/J-BR/2008 betreffend Ausbau der politischen Bildung, die die Bundesräte Jürgen Weiss, Kolleginnen und Kollegen am 17. Juni 2008 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

In den Themenfeldern arbeiten interne und externe Expertinnen und Experten zusammen. Für manche Teilfragen werden eigene Arbeitsgruppen gebildet – zum Beispiel zur Erarbeitung des Kompetenzmodells Politische Bildung. Wichtig für die Arbeit ist in allen Fällen die Einbeziehung von Betroffenen, Praktikerinnen und Praktikern sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern. So kann die Qualität der Ergebnisse und nicht zuletzt der Akzeptanz gesichert werden. Aus Sicht der Demokratie-Initiative wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Im Rahmen des Themenfelds 1 „Starke Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger“ wurden Schritte im Bereich der Schuldemokratie gesetzt: Zum einen wurde über das Kompetenzmodell (siehe nachstehend die Ausführungen zum Themenfeld 3 und zu Frage 2) im Hinblick auf die besonderen Herausforderungen für Schülerinnen/Schüler-Vertreterinnen/Vertretern diskutiert. In der Folge wurde das sog. „Arbeitswissen“ für Schülerinnen/Schüler-Vertreterinnen/Vertretern definiert (von einer Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler, der Eltern, der wissenschaftlichen Leiter der Arbeitsgruppe zum Kompetenzmodell sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ressorts) und danach ein Ausbau der Informationsweitergabe an engagierte Schülerinnen und Schüler konzipiert – dies wird nun gerade vorbereitet – die Umsetzung ist für den Herbst 2008 geplant (ebenfalls unter Einbeziehung der Betroffenen).

Im Rahmen des Themenfelds 2 „Demokratie – Wissenschaft“ wird im November der wissenschaftliche Workshop „Welchen Platz haben Jugendliche in NGOs/NPOs?“ unter Beteiligung von Jugendlichen stattfinden.

Im Rahmen des Themenfelds 3 „Vermittlung in der Schule und Lehrerinnen und Lehrerbildung“ tagte die Arbeitsgruppe „Kompetenzmodell Politische Bildung“ aus Vertreterinnen und Vertretern der Pädagogischen Hochschulen, Universitäten und Lehrkräfte. Außerdem wurde eine eigene Arbeitsgruppe mit Verbindungspersonen für Politische Bildung an den Pädagogischen Hochschulen ins Leben gerufen. Eine weitere Gruppe beschäftigt sich mit der stärkeren Verankerung der Thematik an den Universitäten. Zudem wurden in eigenen Veranstaltungen weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z.B. Arge-Leiterinnen und Leiter) und die Schulbuchverlage informiert.

Im Rahmen des Themenfelds 4 „Netzwerk Demokratie“ wird das neue Internet-Einstiegsportal zur Politischen Bildung (www.politische-bildung.at) etabliert. Auch dazu fanden entsprechende Konsultationen statt.

Die Expertinnen und Experten des Themenfelds 5 „Innovation Demokratie“ setzten sich ua. intensiv mit den Themen „Jugendpartizipation und ePartizipation“ sowie „Jugendpartizipation unter dem Blickwinkel von Geschlecht und Migration“ auseinander. Zudem wird in diesem Themenfeld der multimediale WIKI-Guide www.polipedia.at von, mit und für Jugendliche(n) umgesetzt.

Im Rahmen des Themenfelds 6 „Demokratie-Kunst-Kultur“ werden ausgesuchte Leitprojekte (zumeist in Kooperationen) umgesetzt bzw. unterstützt.

Zu Frage 2:

Im Rahmen der Demokratie-Initiative wurde das erste Mal seit Einführung des Unterrichtsprinzips „Politische Bildung“ dieses im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie mit Lehrerinnen und Lehrern evaluiert. Auf dieser Grundlage und im Lichte der europäischen Entwicklungen und Trends wird die Diskussion über die künftige Gestaltung des Unterrichtsprinzips nun weitergeführt.

Das Kompetenzmodell „Politische Bildung“ bildete darüber hinaus die Basis für die Erarbeitung des adaptierten Lehrplans für die 6. bis 8. Schulstufe und war auch eine der Grundlagen für den Vorschlag zur Aufnahme des Unterrichtsgegenstandes „Geschichte und Politische Bildung“ in den Pflichtgegenstandskatalog der Schulen der Sekundarstufe I, der im Zuge einer Novelle zum Schulorganisationsgesetz umgesetzt worden ist (RV 548 dB. XXIII. GP). In Analogie zur AHS-Oberstufe wurde ein zusammen gefasster Lehrplan für die beiden Unterrichtsgegenstände „Geschichte und Sozialkunde“ sowie „Geschichte und Politische Bildung“ ausgearbeitet und als Entwurf zur Änderung der Verordnungen über die Lehrpläne der Volksschulen, der Sonderschulen, der Hauptschulen und der allgemein bildenden höheren Schulen der allgemeinen Begutachtung zugeführt. Der Materialenteil des Entwurfes der Lehrplanänderungen gibt Aufschluss über die leitenden Prinzipien, die vorgeschlagenen Adaptierungen sowie weitere Begleitmaßnahmen, wie etwa auch bezüglich Unterrichtsmaterialien (http://www.bmukk.gv.at/schulen/recht/erk/vo_lp_neu.xml):

„... Wesentliche Eckpunkte des Kompetenzmodells sind:

- *Definition der vier Kompetenzfelder: Sachkompetenz, Methodenkompetenz, Urteilskompetenz und Handlungskompetenz*

- *Definition von Graduierungen: Elementare politische Mündigkeit (bis zur 6. Schulstufe); politische Mündigkeit (ab der 8. Schulstufe/Ende der Schulpflicht); weiterführende politische Mündigkeit (11.-13. Schulstufe)*
- *Definition von „Bildungskorridoren“: Detaillierung der Lernentwicklungsprozesse im Rahmen der Graduierung*

Für die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien ist die Beschreibung von Detailkompetenzen und der damit verbundenen Lernentwicklungsprozesse erforderlich.

Derzeit ist ein Kompetenzmodell für Schülervertreterinnen und -Vertreter in Ausarbeitung.

Parallel wurden die derzeit geltenden Lehrplaninhalte für den Pflichtgegenstand „Geschichte und Sozialkunde“ an den einzelnen Schularten, insbesondere für die 8. Schulstufe, dahin gehend adaptiert, dass die Ergebnisse der Demokratie-Initiative und der Fachdiskussion zum Thema Eingang finden konnten. Die Zusammenführung der Pflichtgegenstände „Geschichte und Sozialkunde“ und „Geschichte und Politische Bildung“ zu einem Pflichtgegenstand „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ ist die Konsequenz aus den Beratungsergebnissen der Expertenkommission.

Adaptierungen in den einzelnen Lehrplänen:

In den Lehrplänen der Sekundarstufe I wurden die Bildungs- und Lehraufgaben, der jeweilige Lehrstoff sowie die Didaktischen Grundsätze dahingehend überarbeitet, dass Bezüge zum „Kompetenzmodell Politische Bildung“ hergestellt werden.

Um den Schülerinnen und Schülern frühzeitig demokratiepolitische Kompetenzen zu vermitteln, sollen in den jeweiligen 6. und 7. Schulstufen Themen der Politischen Bildung in Verbindung mit ausreichenden Gegenwartsbezügen gelehrt werden. Speziell in der 8. Schulstufe sollen zu den bestehenden Lehrplaninhalten weitere spezifische Inhalte zur Politischen Bildung in die Lehrpläne Eingang finden, z.B. Schwerpunkte zur österreichischen und europäischen Politik und Gesellschaft. Im Besonderen wurde bei der Erstellung der Lehrplaninhalte darauf Bedacht genommen, dass sie didaktisch-methodisch durch Anwendung des Kompetenzmodells letztendlich die Jugendlichen im Wahlalter zur verantwortungsvollen Mitgestaltung der österreichischen und europäischen Politik befähigen.

Als Analogie kann auf den Lehrplan „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ der Oberstufe der allgemein bildenden höheren Schulen hingewiesen und beispielhaft im Unterricht Bezug genommen werden. ...“.

Zu Frage 3:

Auch hier darf (auszugsweise) auf den Materialenteil des Entwurfes der vorstehend angesprochenen Lehrplanänderungen hingewiesen werden: „... Seit Februar 2008 werden Koordinationsgespräche mit den für die Lehrerinnen- und Lehreraus- und -weiterbildung zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Pädagogischen Hochschulen abgehalten. Es wurde vereinbart, die von einzelnen Pädagogischen Hochschulen entwickelten Lehrgangsmo-delle zu adaptieren, schrittweise zu vereinheitlichen und modulartig ab Schuljahr 2008/09 österreichweit anzubieten.

Kompetenzmodell für Lehrkräfte:

In Abstimmung mit der Erstellung des Kompetenzmodells für Schülerinnen und Schüler wird vom Institut für Konfliktforschung das Kompetenzmodell für Lehrkräfte entwickelt. Dieses Kompetenzmodell für Lehrkräfte ist Voraussetzung für künftige Lehrerinnen- und Lehrerfortbildungsvorhaben. ...“

Weiters wird bemerkt, dass eine Arbeitsgruppe zur Lehrerprofessionalität an Kriterien und Domänen, die auch in der internationalen Diskussion fußen, arbeitet. Diese Bestandteile sind Ausdruck einer Kompetenzorientierung, wie sie auch in übergreifenden und integrierten Bildungsbereichen der Schule („Unterrichtsprinzip Politische Bildung“) herausgestrichen werden müssen. Umsetzungen sind im Rahmen von Schulentwicklungs-Prozessen zur Personalentwicklung an Schulen (SCHILF) geplant und werden ab 2009 die Professionalität im Verhältnis von Fachwissen und Kompetenzorientierung bei Lehrerinnen und Lehrern beeinflussen.

Die Bundesministerin:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'P. M. Schmid', written in a cursive style.